

» Politische Bildung in unruhigen Zeiten?

Ein Beispiel für eine Theorie-Praxis-Reflexion



Michael Görtler

Wiss. Mitarbeiter an der Professur für Fort- und Weiterbildung der Universität Bamberg
Referent für politische Bildung
michael.goertler@uni-bamberg.de

Im folgenden Beitrag soll, ausgehend von der Konferenz der Hauptamtlichen in der evangelischen Erwachsenenbildung in Bayern am 8. und 9. Dezember 2015 in Vierzweihilfen, ein Beispiel für eine Theorie-Praxis-Reflexion aktueller Herausforderungen der politischen Bildung

dargestellt werden. Zunächst thematisierte ein Impulsreferat theoretische Zugänge, bevor sich die Teilnehmenden in einer Gruppendiskussion über die Möglichkeiten und Grenzen der politischen Bildung auseinandersetzten.

¹ Widmaier, B. (2012): Außerschulische politische Bildung nach 1945 – Eine Erfolgsgeschichte? APuZ, 46–47, S. 9–16.

² Vgl. Negt, O. (2010): Der politische Mensch: Demokratie als Lebensform. Göttingen.

³ Vgl. Rosa, H. (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt a. M.

⁴ Vgl. Laux, H./Rosa, H. (2009): Die beschleunigte Demokratie – Überlegungen zur Weltwirtschaftskrise. WSI Mitteilungen, Nr. 10, S. 547–553.

⁵ Görtler, M./Reheis, F. (Hrsg.) (2012): Reifezeiten. Zur Bedeutung der Zeit in Bildung, Politik und politischer Bildung. Schwalbach/Ts.

⁶ Crouch, C. (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M.

⁷ Vgl. Böhnke, P. (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. APuZ, 1–2, S. 18–25.

Politische Partizipation in der Beschleunigungsgesellschaft und Postdemokratie?

In der politischen Erwachsenenbildung gelten die Urteils- und Handlungsfähigkeit bei den Teilnehmenden als vorrangige Ziele.¹ Darüber hinaus gilt die konkrete Aktion, d. h. die Partizipation, als erstrebenswert. Angesichts der zahlreichen sozialen, politischen und ökonomischen Herausforderungen, wie etwa die Flüchtlingskrise, die Finanz- und Schuldenkrise oder der Klimawandel, wird die Umsetzung dieser Ziele zweifelsohne zur Schweraufgabe, weil das Herstellen von Zusammenhängen angesichts der Komplexität der Probleme kaum noch zu bewältigen ist.² Warum dies so schwierig ist, wird greifbarer, wenn man Theorien zu Rate zieht und anhand der Praxis reflektiert.

Hartmut Rosa diagnostiziert die „Beschleunigungsgesellschaft“³, in welcher sich Mensch, Politik und Ökonomie beschleunigen bzw. beschleunigt werden. Während die Ökonomie vor allem als Beschleunigungskraft auftritt, wirkt die Demokratie als Bremskraft, weil sich Meinungs- und Willensbildung sowie Entscheidungsfindung nur begrenzt beschleunigen lassen.⁴ Die Steigerung des Tempos wird zum Problem für die Demokratie und macht sich – pointiert formuliert – auf zwei Seiten bemerkbar: Den Politikern fehlt mehr und mehr die Zeit, um auf Ereignisse angemessen zu reagieren und in Verhandlungen gute Entscheidungen zu treffen – die Rede von Alternativlosigkeit und Sach-



© bbroianigo / pixelio.de

zwang macht die Runde. Und für die Bürger wird die Welt immer weniger durchschaubar. Pointiert formuliert läuft der Demokratie – ihren Politikern und Bürgern – die Zeit davon, um Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit zu finden und diese zu artikulieren. Dieser Zustand führt unter Umständen auch zu sichtbaren Verwerfungen wie Radikalisierung und Extremismus, die auf die gestörte oder unterbrochene Rückkoppelung zwischen Politik und Bürgern zurückgeführt werden können.⁵

Colin Crouch diagnostiziert die „Postdemokratie“⁶, in welcher politische und ökonomische Eliten das Geschehen steuern. Die Demokratie verkommt zur Farce, weil die Partizipation der Bürger keinen Effekt mehr erzielt. Am Steuerrad sitzen seiner Ansicht nach gut organisierte Interessenverbände, z. B. Lobbyisten, die im Hintergrund die Fäden ziehen. Der Bürger legitimiert die Repräsentanten per Wahl, ohne echten Einfluss auf die Personalpolitik nehmen zu können. Diese Entwicklung entfaltet u. a. deswegen enorme Sprengkraft, weil nicht privilegierte Gruppen systematisch von den demokratischen Partizipationsmöglichkeiten ausgeschlossen werden und entweder in politische Apathie verfallen oder unkonventionelle und illegale Wege wählen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen.⁷

Zur Situation der evangelischen politischen Erwachsenenbildung

Aufbauend auf diesem Theorieinput fand eine Gruppendiskussion über die Situation der politischen Erwachsenenbildung statt, deren Ergebnisse im Folgenden skizziert werden.

Erstens zeigte sich, welche Rolle das *Kontroversitäts- und Überwältigungsverbot* des Beutelsbacher

Konsenses spielt und dass diese handlungsleitend sind. Die politische Erwachsenenbildung wird von den Bildungspraktikern als *Forum für Meinungen* verstanden, die kontrovers diskutiert werden können, ohne dabei die Teilnehmenden überwältigen zu wollen. Diese Haltung stößt jedoch immer dann an ihre Grenzen, wenn demokratiefeindliche oder menschenverachtende Äußerungen getätigt werden – dies betrifft aktuell vor allem die Ausländerfeindlichkeit, die angesichts der Flüchtlingskrise zum Dauerthema wird.

Zweitens ist die politische Erwachsenenbildung nicht *wertneutral*. Aus Sicht der evangelischen Erwachsenenbildung ist das *Evangelium* ein Bezugspunkt des pädagogischen Handelns, der eine normative Orientierung stiftet. Hier geht es um Grundwerte, die nicht nur politisch, sondern auch christlich sind. Dazu gehören die Grund- und Menschenrechte, aber auch das Bekenntnis zu Demokratie und Freiheit. Angesprochen wurde in diesem Zusammenhang auch die *Spiritualität*, die in der evangelischen Erwachsenenbildung generell eine wesentliche Rolle spielt. In Stille, Meditation und Gebet liegt eine Antwort auf die Beschleunigung des Lebenstempos, weil Menschen hier bewusst innehalten und sich abseits der Zeitwänge im Alltag einen Raum der Ruhe und des Friedens schaffen können.

Drittens stellt die politische Erwachsenenbildung die Mündigkeit und Reflexion der Teilnehmenden ins Zentrum. Die *Kritik an den gegebenen Verhältnissen* spielt dabei eine große Rolle. Bei der Frage, ob über die Reflexion und Kritik hinaus auch die Anleitung zur konkreten Aktion als Aufgabe der politischen Erwachsenenbildung angesehen wird, herrschte keine Einigkeit. In jedem Fall aber müsse es darum gehen, *Utopien und Visionen* einen Raum in den Veranstaltungen zu geben. Die Teilnehmenden sollen die Möglichkeit erhalten, abseits der propagierten Alternativlosigkeit und der Sachzwänge ihre Gedanken und Gefühle zu ordnen und nach Auswegen zu suchen.

Viertens spielt die *persönliche Betroffenheit* eine Rolle. Nach Ansicht der Bildungspraktiker ist es geboten, erst einmal im Nahraum, d. h. am Wohnort oder in der Region, Angebote zu schaffen, die aufgrund der persönlichen Betroffenheit nachgefragt werden. Dies ergibt sich auch daraus, dass die Selbstwirksamkeit der Teilnehmenden auf lokaler Ebene ungleich größer ist als auf der globalen Ebene. Die Auseinandersetzung mit der globalen Ebene empfanden viele der Bildungspraktiker eher als lähmend, weil das Ohnmachtsgefühl in Bezug auf weltpolitische Fragen besonders stark ausfällt. Erst in einem zweiten Schritt könne die Verknüpfung beider Ebenen – ganz nach dem Motto ‚lokal denken, global handeln‘ – in Angriff genommen werden.

Und fünftens schließlich wurde noch darauf hingewiesen, dass die *Nachfrage* nach Angeboten nicht



© rudolf ortner / pixelio.de

nur von aktuellen gesellschaftspolitischen *Themen*, sondern auch von den *Referenten* abhängt. Häufig sei der Fall zu beobachten, dass trotz brisanter Themen kaum Teilnehmende gewonnen werden konnten. In diesem Kontext hielten es viele der Anwesenden für sinnvoll, an aktuellen Ereignissen anzusetzen, die im Fokus der Aufmerksamkeit stehen – man denke an die Flüchtlingskrise oder die Terroranschläge – und dafür dann auch entsprechend bekannte Referenten zu gewinnen, um die Veranstaltung zum Erfolg werden zu lassen. Dass dies häufig aber an der Finanzierung scheitere, mache nur deutlich, dass politische Erwachsenenbildung immer auch das ist, was man *sich leisten kann – oder leisten will*.

Fazit

Der Theorieinput im Impulsreferat und die anschließende Gruppendiskussion verdeutlichten aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung. Dabei wurde klar, dass die politische Bildung angesichts der Komplexität der Probleme normative Orientierung braucht und an der Lebenswelt und persönlichen Betroffenheit der Menschen ansetzen muss, um deren Reflexions- und Kritikfähigkeit zu stärken. Die Finanzierung, aber auch Auswahl der Themen und Referenten spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.